



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 888 890

P/XVII/104 - 17. Mai 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Energiepolitik trifft auf der Stelle</u> Nachwort zur Bundestagsdebatte	96
2a	<u>Am Beispiel der Autozölle</u> Spannungen innerhalb der Koalition	38
3	<u>Ein Leben für die Kriegsoffer</u> Zum Tode des Präsidenten des VdK, Hans Nitsche Von Helmut Bazille, MdB	44
4 - 5	<u>In Hessen wird sparsam regiert</u> Lob des Bundes der Steuerzahler	67
6 - 7	<u>Dänemark diskutiert EWG und Naturschutz</u> Angst vor Grundstückespekulanten Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	62
	* * *	
	* * *	

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Energiepolitik tritt auf der Stelle

Nachwort zur Bundestagsdebatte

rd. - Über die Bühne des Bundestages ging wieder einmal, wie alljährlich, eine Debatte über die Energiepolitik. Ihr lag zugrunde die inzwischen achte Grosse Anfrage der Sozialdemokraten zur Kohle- und Energiepolitik der Bundesregierung, die Frage nach dem Energiekonzept, die weder zuvor noch diesmal eine wirklich befriedigende Antwort erhalten hat.

Die Häufigkeit dieser Fragen entspricht der Bedeutung der Kohle- und Energiewirtschaft für den Energiehaushalt und die Energieversorgung unserer Gesamtwirtschaft, aber auch ihrer Bedeutung im sozialen Bereich. Immerhin hängt die Existenz von eineinhalb Millionen Menschen unmittelbar vom deutschen Kohlenbergbau ab. Aber die Frage der Kosten der Energieproduktion ist zugleich eine Frage der Kosten der gesamten gewerblichen Erzeugung und damit der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung.

Kumpels auf der Tribüne des Bundestages

In der Besetzung der Tribünen des Bundestages, die von Bergbau-Betriebsräten und Bergbau-Delegierten der Ruhr und der Saar gefüllt waren, und die der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition mit Aufmerksamkeit folgten, drückte sich das unmittelbare Interesse der sozial Betroffenen aus. Die Anwesenheit des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten unterstrich die politische Bedeutung des Problems für das kurz vor den Wahlen stehende grösste Bundesland. Ministerpräsident Meyers hat dieses Thema der Kohle- und Energiepolitik zum Hauptthema des Wahlkampfes gewählt, womit er allerdings nicht die Versäumnisse während seiner Regierungszeit, die zugleich die Versäumnisse der Bundesregierung sind, zu verdecken vermag.

Versäumnisse der Vergangenheit

Diese Versäumnisse bestehen nicht etwa in völliger Untätigkeit. Dazu hat, wie auch diese Anfrage wieder bewies, die Opposition die Regierung zu oft zum Handeln gemahnt; aber sie verweist darauf, dass die dann jeweils getroffenen Maßnahmen unzureichend waren und zu spät kamen.

Es war das Kennzeichen der Regierungspolitik gerade im Energiebereich, dass sie immer Objekt wirtschaftlicher Interessen mit Schutzmaßnahmen nach falschen privatwirtschaftlichen Entscheidungen, niemals aber Mittel der Steuerung im Interesse der Allgemeinheit und der Volkswirtschaft gewesen ist. Das hat dazu geführt, dass die Schwankungen der Produktion und des Marktes stets auf dem Rücken der Arbeitnehmer und der Verbraucher ausgetragen wurden. Die Stationen dieser Politik und ihrer sozialen Konsequenzen heissen: zunächst Kohlenmangel und jährliche, oft mehrmalige Preiserhöhungen, auch gegen den Willen der Regierung; dann nicht früh genug erkannte Strukturkrise im Kohlenbergbau durch Vordringen des billigeren Heizöls; wachsende Kohlenhalden und unbezahlte Feierschichten.

Die Regierung hatte kein anderes Rezept als: Der Bergbau müsse sich wieder geschrumpfen. Sie überliess, getreu ihren theoretischen Prinzipien, diesen für die Wirtschaft so bedeutsamen Sektor der privatwirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit, um die sie mit Einfuhrkontingenten, Kohlezoll und Heizölsteuer einen Schutzzaun zog. Und doch haben die vielfach dirigistischen Eingriffe in den Markt die Kohlenkrise und den Wirt-

CDU-Sprecher enthüllt Inkonsequenz der Regierung

Der Sprecher der Regierungspartei, Professor Burgbacher, machte in der Debatte auf den Widerspruch aufmerksam, dass die anderen europäischen Länder der EWG und Englands ihren Energiemarkt weitgehend unter öffentlicher Kontrolle halten. Die Kohle ist in England und Frankreich nationalisiert - auch Öl und Erdgas stehen unter öffentlicher Kontrolle; auch die belgische Kohle steht unter der zentralen Verkaufskontrolle des Staates, und in Italien, das zwar keine Kohle hat, beherrscht die staatliche ENI den Energiemarkt. Der deutschen Kohle sei aber nicht einmal die Möglichkeit des gemeinschaftlichen Kohleverkaufs gegeben.

Herr Burgbacher hat allerdings nicht die logische Konsequenz aus seiner Erkenntnis gezogen, dass es dazu auch im Bundesgebiet nötig gewesen wäre, den Energiemarkt, besonders die Kohle, unter öffentlichen Einfluss zu nehmen, um diesem staatlichen Einfluss unserer Partner ein Gegengewicht zu geben.

Der Verzicht auf direkten Einfluss, sowohl auf den felderzersplitterten deutschen Kohlebergbau, auf seine Flurbereinigung, seine Preis- und Investitionspolitik, wie auch auf die Entwicklung der Investitionen in der Erdölwirtschaft und auf den Ausbau der Raffinerie-Kapazitäten, die mit der Kohle in Verdrängungswettbewerb stehen, hat die Schwierigkeiten vergrößert. Die hier auf eigene Verantwortung gestellten privatwirtschaftlichen Interessen nehmen eben selten auf volkswirtschaftliche Belange Rücksicht.

Preis der Fehlinvestition

Auch der Versuch des Bundeswirtschaftsministers, über einen Rationalisierungsverband der Kohlewirtschaft einen gewissen öffentlichen Einfluss möglich zu machen, stiess lange auf die Opposition der Kohle. Erst jetzt, da sich die Bundesregierung bereit erklärte, den Abbau überschüssiger Förderkapazitäten durch Stilllegung unrentabler Zechen mit Stilllegungsprämien je Tonne Förderkapazität zu fördern, findet dieses Vorhaben Resonanz. Jedoch nur deswegen, weil hier die Kosten der Rationalisierung der Volkswirtschaft angelastet werden, weil die Öffentlichkeit, zur Hälfte über den Preis der Kohle, zur anderen Hälfte aus Steuermitteln, das Risiko des Kapitaleinsatzes übernimmt. Die Bergarbeiter haben für diese Art der Gesundheitschirurgie des Kohlebergbaus Vorleistungen gegeben. 150 000 wanderten aus der Kohle ab. Die Förderung der Zechen stieg von 1,6 auf 2,3 Tonnen pro Tag und Schicht, doch mit ihnen die Unfallquote im Bergbau, die sich von 1958 bis heute um 15,8 % erhöhte. So hat der Bergarbeiter an seiner Gesundheit und das Volk finanziell die Fehlinvestitionen zu zahlen.

Die Energiekrise ist damit aber nicht beseitigt. Während wir die Fehlinvestitionen im Bergbau mit Prämien honorieren, drohen uns neue und noch erheblichere Fehlinvestitionen beim Öl. Die Regierung glaubt, das in Konsultationsgesprächen mit den Ölgesellschaften und dem Bergbau vermeiden zu können. Aber die Entscheidungen selbst bleiben wie bisher allein den Privaten überlassen.

Das heisst nach unseren Erfahrungen, dass wir bald wieder vor Debatte und vor Opfern der gesamten Volkswirtschaft stehen, weil die gegenwärtige politische Führung sich zu wirksamen verantwortlichem Handeln, zu einem öffentlichen Einfluss entsprechend den öffentlichen Opfern nicht zu entschliessen vermag.

+ + +

Am Beispiel der Autozölle ...

sp - Die deutsche Nachkriegsgeschichte hat das seltene Schauspiel eines erfolgreichen Aufbegehrens der grössten Regierungspartei gegen ihren bisher so allmächtigen Chef und Meister zu verzeichnen. In Fragen Autozölle musste der Bundeskanzler einige Schritte zurückstecken, der Mehrheitswille hat sich durchgesetzt. Es ist ziemlich turbulent bei dieser Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hergegangen; aufgeregter Unmut entlud sich in Zornesausbrüchen. Gewiss, es wäre verfehlt, diesem internen Vorgang eine allzu grosse Bedeutung zuzumessen, aber immerhin ist es symptomatisch für die innere Verfassung einer Partei, für die bisher der Wille des alten Herrn oberstes Gesetz war.

Im Vordergrund der CDU-Überlegungen stand die Sorge um die ohnehin schwer angeschlagene Staatsautorität. Allzu sorglos ist der Bundeskanzler über den Konflikt um die Erhöhung der Autopreise hinweggegangen; manche Stimmen meinen sogar, Adenauers Verhalten lasse sich nur durch seine Aversion gegen seinen Nachfolger Bundeswirtschaftsminister Erhard erklären, den er eine sichtbare und den Ruf dieses Mannes zerstörende Niederlage beibringen wollte. Seine eigene Partei war nicht bereit, ihm zu folgen. Sie dachte dabei wohl auch an ihre eigene Zukunft. Mit einem lädierten Kanzlerkandidaten lässt sich der Wahlkampf um den fünften deutschen Bundestag nicht bestreiten. Sie, die CDU/CSU, nahm sogar mit dem Blick auf 1965 die Misstimmung ihres Koalitionspartners in Kauf. Die beabsichtigte Regierungsvorlage über die Herabsetzung der Autozölle kann im Parlament nun mit den Stimmen der SPD verabschiedet werden, die ja von Anfang an dieses Mittel als Antwort auf die Autopreiserhöhung gefordert hatte.

Inwieweit gilt denn noch das berühmte Koalitionsabkommen, die vielumstrittene Grundlage der gegenwärtigen Regierung? Sollten die Freien Demokraten auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren, dann käme es zwar gewiss nicht zum Bruch, aber die Spannungen innerhalb dieser Koalition, bisher mühsam verhüllt, würden nach aussen sichtbar. Diese Koalition wird nur zusammengehalten durch die gemeinsame Abneigung beider Parteien, die Sozialdemokratie vor der Regierungsverantwortung fernzuhalten. Auf diesem schwachen und brüchigen Fundament beruht das vierte Kabinett Adenauer. Schon leichtere Stürme bringen es ins Schwanken.

Die Sozialdemokratie bleibt davon unberührt - sie trifft ihre Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt des übergeordneten Ganzen und wird immer dort zu finden sein, wo über die eigenen Interessen hinweg der Blick für das Ganze bewahrt bleibt.

Ein Leben für die Kriegsoffer

Zum Tode des Präsidenten des VdK, Hans Nitsche

Von Helmut Bazille, MdB

Ein schwerer Herzanfall, gegen den auch sofortige ärztliche Hilfe machtlos war, setzte dem Leben des Präsidenten des VdK, Hans Nitsche, ein Ende. Unfassbar ist uns allen dieser plötzliche Tod unseres Kameraden Nitsche, da er völlig unerwartet kam und keine Anzeichen für eine bedrohliche Schwächung seiner Gesundheit bis zur Stunde des Todes erkennbar waren. Noch am Sonntag, dem 13. Mai, erschien er mit seiner Gattin in Frankfurt zu einer Sitzung des Präsidiums, die er selber leitete und in der die letzten Vorbereitungen für den Ablauf des 4. Ordentlichen Verbandstages beraten und festgelegt wurden. Nun wird dieser Verbandstag, der unserem Kameraden Hans Nitsche eine besondere Ehre bringen sollte, im Schatten des schweren Verlustes stehen, den der VdK Deutschlands mit dem Tode seines Gründers und ersten Präsidenten erlitten hat.

Eines ist sicher: Die Leistungen, die Hans Nitsche an der Spitze des grössten deutschen Kriegsofferverbandes in den Jahren seit Gründung des VdK bis heute beim Aufbau der neuen deutschen Demokratie und in seinem Kampf um das Recht der deutschen Kriegsoffer vollbracht hat, werden erst später in einer vom tagespolitischen Meinungsstreit unbeflügelten rückschauenden Beurteilung voll gewürdigt werden können. Dass sein Wirken für die Bundesrepublik Deutschland von geschichtlicher Bedeutung ist, steht heute schon fest. Wir alle schulden ihm Dank für das, was er für die deutschen Kriegsoffer getan und geleistet hat und dürfen stolz und glücklich sein, dass er einer der Unseren war. Er hat das grosse, ihm nicht hoch genug anzurechnende Verdienst, mit sicherem Gefühl für das Mögliche und das Notwendige den grossen VdK Deutschlands von seiner Gründung an ungefährdet durch alle Klippen und Strudel des parteipolitischen Meinungsstreites gesteuert und dadurch stets die Freundschaft und Unterstützung aller demokratischen deutschen Parteien für die Sache der Kriegsoffer gewonnen und gesichert zu haben. Damit schuf er, unterstützt vom Präsidium und seinen nächsten Mitarbeitern, die notwendigen Voraussetzungen für die sozialpolitischen Erfolge des VdK Deutschlands, die dann in Form einer sich ständig verbessernden Versorgung allen Kriegsoffern zugute kamen.

Wenn auch Hans Nitsche die Absicht hatte, aus Altersgründen die Bürde seines schweren Amtes in jüngere Hände zu legen, so wäre uns allen sein Rat und seine reiche politische Erfahrung noch lange von hohem Wert gewesen. Ein unerbittliches Schicksal hat ihm den wohlverdienten ruhigen Lebensabend versagt und ihm jenen Tod zgedacht, den sich aktive kämpferische Menschen wünschen, mitten in der Arbeit, in der Sorge und Mühe für das Wohl anderer abberufen zu werden. Gross ist unsere Trauer über den Verlust dieses aufrechten Mannes und Kämpfers für soziale Gerechtigkeit, der er ein Leben lang war. Seinen trauernden Hinterbliebenen drücken wir in aufrichtigem Mitgefühl die Hand und wissen uns mit ihnen in gleichem Schmerz verbunden.

In Hessen wird sparsam regiert

Das Land Hessen kann für'sich in Anspruch nehmen, eines der sparsamsten Länder der Bundesrepublik zu sein. Zu diesem Ergebnis kommt eine vergleichende Analyse über die Kosten des Staatsapparates in den westdeutschen Ländern. Sie wurde vom "Bund der Steuerzahler" auf Grund der offiziellen Haushaltspläne für das Jahr 1962 erarbeitet. Ziel dieser Arbeit sollte es sein, durch exakte Vergleichsmaßstäbe für eine angemessene und sparsame Landesverwaltung zu finden. Hessen schneidet bei diesem Vergleich am günstigsten ab und kann in mancher Hinsicht als vorbildlich gelten. Sein Verwaltungsaufwand liegt nicht nur generell am untersten Ende der Vergleichsskala, das Land braucht zur Bewältigung seiner Aufgaben auch die relativ geringste Zahl von Staatsbediensteten.

Die Untersuchung erstreckt sich auf die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Diese Reihenfolge entspricht auch der Rangordnung hinsichtlich Größe (Einwohnerzahl), Etatvolumen, Zahl der Landesbediensteten und Personalkosten der einzelnen Länder. Die Rangfolge ändert sich aber schlagartig, wenn beispielsweise die Personalkosten (einschließlich der Versorgungslasten) in Vergleich zum Gesamtetat gesetzt werden. Mit Abstand liegt Hessen hier am günstigsten. Sein Personalkostenanteil beträgt nur 33,1 Prozent und liegt damit noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 36,6 Prozent. Den höchsten Anteil hat Niedersachsen mit 39,6 Prozent, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (38,8 Prozent), Bayern (36,4 Prozent), Schleswig-Holstein (35,2 Prozent) und Baden-Württemberg (33,2 Prozent).

Dieser Vergleich ist allerdings nur ein Indiz für die Kosten des jeweiligen Staatsapparates. Es kann durchaus möglich sein, daß sich ein steuerarmes Land bei seinen Gesamtausgaben bescheidet und demgemäß ein geringes Etatvolumen hat. In einem solchen Fall liegt der Personalkostenanteil naturgemäß ungünstiger.

Vorbild: sparsamer Staatsverwaltung

Genauer wird das Bild, wenn man die Struktur und den Umfang des Staatsapparates im einzelnen durchleuchtet. So entfallen beispielsweise in Hessen auf jeweils 1000 Einwohner 14,2 Landesbedienstete. Nur Rheinland-Pfalz (13,8) und Nordrhein-Westfalen (11,54) haben eine geringere Quote. Der verhältnismäßig geringe Personalaufwand in Hessen wird erhärtet durch die Tatsache, daß das Land Hessen zur Bewältigung seiner Aufgaben die relativ geringste Zahl an Landesbediensteten benötigt.

Auch eine Analyse verschiedener, annähernd gut vergleichbarer Einzelbereiche der Landesverwaltungen läßt erkennen, daß Hessen unter den westdeutschen Bundesländern als Vorbild einer sparsamen Staatsverwaltung gelten kann. So sind beispielsweise die Personal- und Sachkosten aller Ministerien zusammengenommen in Hessen eindeutig am geringsten. Die Aufwendungen für die acht Ministerien betragen im vergangenen Jahr 24,1 Mill. DM. Sie lagen damit unter denen Schleswig-Holsteins (25,5 Millionen DM), das nur halb so groß ist wie Hessen. Die weitere Rangfolge lautet: Rheinland-Pfalz (29,8 Millionen DM), Baden-Württemberg (30,3 Mill. DM) und Bayern (32,1 Millionen DM). Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wurden ausgenommen, da sie zehn bzw. neuen Ministerien haben.

Niedrigste Ministergehälter

In dieses Bild gehört auch die Feststellung, daß Hessen von allen Bundesländern die niedrigsten Ministergehälter zahlt. Die Aufwendungen für die acht Minister betragen 1961 rund 305 000 DM, in Niedersachsen dagegen 442 000 DM. Nicht zuletzt äußert sich die sparsame Haushaltsführung in der zurückhaltenden Besetzung der Ministerialinstanz mit höheren Beamten. Während der Anteil an höheren Beamten (vom Ministerialrat aufwärts) in den hessischen Ministerien 6,4 Prozent beträgt, liegt der Anteil in Nordrhein-Westfalen mehr als doppelt so hoch. Bayern und Niedersachsen folgen mit 11 Prozent bzw. 10 Prozent.

Das Land Hessen kann nach dieser vergleichenden Untersuchung des Bundes der Steuerzahler mit gutem Gewissen vor seine Steuerzahler treten. Es hat die Bestätigung erhalten, daß es in Hessen weder einen unangemessenen Verwaltungsaufwand gibt, noch einen aufgeblähten Personalapparat. Hessen ist heute zum "Musterländle" Westdeutschlands geworden.

+ + +

Dänemark diskutiert EWG und Naturschutz

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Erregung hat in Dänemark eine Meldung ausgelöst, wonach die Firma Krupp sich durch dänische Vermittler um den Kauf von Grundstücken in Jütland beworben haben soll. Es handelt sich dabei um unfruchtbare Heide- und Sandbodenflächen, und es heisst, der Krupp-Konzern wolle nach dem Erwerb dieser Grundstücke einige Dutzend, vielleicht 100, Ferienhäuser für seine Beamten und Arbeiter errichten. An sich also keine die Souveränität Dänemarks berührende Angelegenheit.

Erinnerung an die Costa Brava

Die dänische Empfindlichkeit über diese Pläne erklärt sich jedoch dadurch, dass das Problem des Naturschutzes im Zusammenhang mit dem möglichen Beitritt Dänemarks zur EWG eine besondere Aktualität bekommen hat. Die dänische Gesetzgebung ist auf diesem Gebiet ziemlich verworren und uneinheitlich. Viele Kräfte sind in Bewegung, die noch unbebauten, freien Wald-, Heide- und Küstengebiete zu retten, ehe der Andrang von kaufustigen Ausländern und Inländern überhand nimmt. Man fürchtet, dass die letzten Naturschutzplätze mit Sommerhäusern, Hotels und Motels "aufgefüllt" werden. Eine Gefahr in dieser Richtung sieht man in den Bestimmungen des EWG-Vertrages, wonach die Diskriminierung von EWG-Ausländern - d.h. die Verweigerung ausländischen Erwerbs dänischen Bodens - ausgeschlossen ist. Man muss damit rechnen, dass besonders deutsche Interessenten Grundstücke am dänischen Sommerstrand aufkaufen, was nicht nur durch die Vorliebe für das schöne dänische Küstenland zu erklären ist, sondern vor allem durch die Tatsache, dass der Naturschutz in Deutschland durch viel rigorosere Bestimmungen als in Dänemark gesichert ist.

Es geht so weit, dass in der Argumentation gegen Dänemarks Beitritt zur EWG vor einer ähnlichen Entwicklung wie im Tessin, an der Costa Brava und Costa del Sol gewarnt wird. "Wir wollen nicht eines Tages an unseren Stränden Schilder mit dem deutschen Text "Zutritt verboten" statt des dänischen "Adgang forbudt" sehen, sagen und schreiben Dänen, die gegen einen Ausverkauf Dänemarks" sind.

Ressentimentgeladene Diskussion ...

Nun kann man nicht behaupten, der Ausverkauf von Strandgrundstücken und Sommerhäusern an Deutsche wäre bisher eine typische Entwicklung. Gewisse Ressentiments tragen dazu bei, den Meldungen über Grundstücksverkäufe an Deutsche eine grosse Publizität zu geben. Als beispielsweise im vorigen Sommer an der Westküste Jütlands plötzlich grössere Grundstücke an eine Hamburger Firma verkauft werden sollten, wurde sofort Grossalarm geschlagen; nur durch den Eingriff der Naturschutzbehörden wurde die Sache verhindert.

... aber in falscher Stossrichtung

Die Erregung über den "Ausverkauf Dänemarks" müsste sich in Wirklichkeit gegen die dänischen Behörden und Grundstückspekulanten richten. Grosse Zeitungsinserate erzählen jeden Sonntag von der Zerstückelung von frisch erworbenem Ackerboden, der für Spekulationszwecke ge- und verkauft wird. Überall entstehen neue Sommerhäuser in entsetzlichen Stilarten, und die Naturschutzbehörden, die oft reichlich spät unterrichtet werden, haben Schwierigkeiten, weil die Gesetze nicht ausreichen, um diese für die Naturschutzplätze unheilbar schädliche Entwicklung zu verhindern.

Der Ankauf dänischen Bodens durch einzelne Ausländer hat das Interesse für diese Angelegenheit vergrössert. Die Regierung und die Parteien werden dringend aufgefordert, entsprechende Gesetze zu erlassen, ehe es "zu spät" wird, d.h. ehe Dänemark in die EWG aufgenommen wird. Einigen Naturschützern schwebt eine ähnliche Regelung vor, wie man sie in Deutschland praktiziert.

Sachverständigenkommission geht in Urlaub

Inner vor den Sommerferien, die in Dänemark Ende Juni anfangen, wird die Debatte über diese Vorgänge sehr lebhaft, aber auch diesmal sind die Parteien mit rein wirtschaftlichen und anderen prosaischen Fragen beschäftigt, so dass keine Zeit übrig bleibt für das Problem, wie man die Naturschutzgebiete Dänemarks am besten schützen kann. Die vor einiger Zeit ins Leben gerufene Sachverständigenkommission hat bisher nichts von sich hören lassen; ihre Mitglieder werden selbst bald in die Ferien gehen ...